

Gedanken zur Neuplanung der Bundeswehr nach 2010

(Autor: Jürgen Dreifke, Beauftragter Sicherheitspolitik VdRBw Kreisgruppe Münster)

Die Bundeswehr steht vor dem größten Umbruch in ihrer Geschichte. Sie soll auf 40.000 Stellen für Berufs- und Zeitsoldaten verzichten und nach der angedachten Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht vielleicht nur noch 163.000 Soldaten zählen.

Den Anstoß zu dem geplanten Umbau gaben sicher keine sorgfältig durchdachten Analysen und Zielvorgaben über den sicherheitspolitischen Kurs Deutschlands und die Effektivität unserer Streitkräfte. Die Neuplanung ist zuerst ein Kind der finanziellen Nöte, die schon seit zwei Jahrzehnten die Republik belasten und angesichts der geringen Priorität von sicherheitspolitischen Existenzfragen eine dauernde Unterfinanzierung der Streitkräfte zum Normalfall werden ließen und zuletzt durch die Finanzkrise einer außer Kontrolle geratenen Marktwirtschaft verschärft wurden.

Im Hinblick auf die kommenden Generationen und angesichts der ausufernden Staatsverschuldung wird das Sparen zu einer „strategischen Aufgabe“ und man besinnt sich darauf, hinlänglich bekannte Defizite der Streitkräftestrukturen endlich entschlossener anzugehen. Dazu gehören ausufernde Kosten, mangelnde Leistungen und endlose Verzögerungen von Rüstungsprojekten ebenso wie eine überdimensionierte Führungsstruktur, fehlende Kräfte für die aktuellen Einsätze und das Unbehagen an einer immer mehr ausgehöhlten Wehrpflicht.

Das Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht und ihr Ersatz durch einen freiwilligen Dienst von ca. 7500 kurzdienenden Dienstwilligen pro Jahre ist sicher die spektakulärste Ankündigung des von Verteidigungsminister zu Guttenberg favorisierten Modells einer Freiwilligenarmee von 163.000 Soldaten.

Dies kann man angesichts der großen Tradition des Bürger in Uniform in unserer Republik bedauern, kann aber die absehbaren Entscheidungen des Ministers auch nachvollziehen, weil die Wehrpflicht in der Praxis schon seit längerer Zeit Züge von Freiwilligkeit und Auswahl hat. Da ist es wohl kein so großer Schritt mehr, nur noch interessierten jungen Männern (und Frauen?) einen Zugang zu einem Wehrdienst offen zu halten, der noch nicht die Verbindlichkeit einer dauerhaften Berufswahl trägt und sie einen überschaubaren Zeitraum dienen und die Truppe erfahren lässt. Sie dürften der Bundeswehr von größerem Nutzen sein als „W 6er“. Die Wirklichkeit der vergangenen Jahre entsprach immer weniger dem Anspruch der Wehrpflicht als Motor der Integration von Streitkräften in die Gesellschaft. Große Teile der jungen Generation, meist aus den bürgerlichen Mittelschichten, nutzten die Möglichkeit der „Abwahl“ des Dienstes. Die angedachte Zahl von 7500 freiwilligen Wehrdienstleistenden ist allerdings sehr

niedrig angesetzt. Bleibt zu hoffen, dass dieser Dienst von 12 bis 23 Monaten nicht nur als befristeter Ausweg aus Jugendarbeitslosigkeit gesehen wird, sondern auch für den einen oder anderen Abiturienten vor dem Studium noch als Erfahrungsfeld attraktiv erscheinen könnte. Man wird sehen, ob die versprochenen Vergünstigungen wie Führerschein und Studienplatz an einer Bundeswehruniversität genügend junge Bürger zum befristeten freiwilligen Wehrdienst motivieren, der vor allem für Nachwuchswerbung erprobt werden soll.

Natürlich sinkt die Masse der verfügbaren Reservisten kontinuierlich mit dem Aussetzen der Wehrpflicht. Vielleicht wäre eine freiwillige Reservistenkomponente als Ergänzung zum freiwilligen Wehrdienst denkbar. Unsere angelsächsischen Partner haben da mit National Guard und Territorial Army hinreichende Erfahrungen. Rolf Clement vom DLF hat vorgeschlagen, die Bw so flexibel zu organisieren, dass sie die Personalstärke relativ schnell je nach Lage hoch- oder runterfahren kann. Da könnten Reservisten, die mit finanziellen Angeboten geworben werden und Übungsverpflichtungen eingehen, ihren Platz haben

Die Auslandseinsätze der letzten Jahre haben die bestehende Bundeswehrstruktur mit immerhin noch 250.000 Soldaten in Frage gestellt, da sie nicht in der Lage ist, die in den ursprünglich Konzeptionen angedachte Zahl von bis zu 10.000 Einsatzkräften bereit zu stellen und schon mit 7500 Einsatzsoldaten an Grenzen gelangt. „Bedingt einsatzbereit“, so könnte man das Problem in Anlehnung an eine berühmte Schlagzeile eines SPIEGEL-Artikels von 1962 plakativ formulieren. Die Truppe ist chronisch unterfinanziert und das Spardiktat von 8,1 Milliarden Euro in einem Zeitraum von vier Jahren ist der eigentlich Motor einer Strukturreform.

Alle Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche werden Federn lassen müssen. Über die grundlegenden Defizite einer überdehnten Bundeswehrführungsstruktur war schon viel zu lesen. Eine massiv reduzierte Bundeswehr wird sich kein Nebeneinander von je einem ministeriellen Führungsstab und einem Führungskommando für Heer, Luftwaffe, Marine, Streitkräftebasis und Sanitätsdienst leisten können. Die Aufwertung des Generalinspektors mit dem Einsatzführungsstab und Einsatzführungskommando und eine Herabstufung der Inspektoren und Beschränkung der Teilstreitkräfte auf ein Führungskommando ohne übergeordnete Führungsleiste im Ministerium sind unverzichtbar zur Durchsetzung einer bundeswehreinheitlichen klaren Führungsstruktur.

Die Führungskommandos von Heer, Luftwaffe, Marine und Sanitätsdienst und das Streitkräfteunterstützungskommando können sicher auch die Aufgaben der truppendienstlichen Führung ihrer Truppenteile an Stelle der noch zwölf Divisionsstäbe und Wehrbereichskommandos in den Teilstreitkräften bzw. Organisationsbereichen wahrnehmen. Die Luftwaffe und Marine verfügen in Kalkar und Flensburg auch über ein operatives Hauptquartier.

Das Kommando der operativen Eingreifkräfte in Ulm ist als mobiles Feldhauptquartier für EU-Einsätze bestimmt und der mobile Arm des

Einsatzkommandos in Potsdam. Möglicherweise bietet sich hier auch wieder eine Fusion dieser beiden Hauptquartiere an. Das Einsatzkommando in Potsdam müsste zu einem zentralen Führungskommando der Bundeswehr mit weitreichendem Zugriff auf die Truppenteile aller Teilstreitkräfte ausgebaut werden. Es wäre auch denkbar, das Kommando der operativen Eingreifkräfte in das Heeresführungskommando zu integrieren und diesem bei Bedarf größere nationale bzw. internationale Führungsaufgaben unterhalb der Leiste Bundeswehr/Einsatzführungskommando zuzuordnen

Für das Heer gilt eine Brigadelösung für die Truppenführung als zeitgemäß, aber vielleicht braucht man beim Heer doch auch nationale Führungsstäbe, die bei Bedarf mehrere Brigaden im Einsatz führen können. Deutschland kann den Einsatz eines nationalen Verbandes in Divisionsgröße im Rahmen der Bündnisverteidigung nicht ausschließen. Für luftmobile Einsätze und Spezialoperationen ist ebenfalls ein spezieller nationaler Führungsstab sinnvoll. So sollten im Heer nach Auflösung der Divisionsstäbe je ein mobiles Hauptquartier incl. Führungsunterstützungsbataillon für mechanisierte und luftmobile Kräfte erhalten bleiben. Diese Aufgabe könnten die vorhandenen Stäbe der 1. Panzerdivision und der Division spezielle Operationen (DSO) übernehmen. Der letztgenannte Stab könnte auch die Rolle des Führungsstabes für Operationen der Spezialkräfte wahrnehmen, der ja wohl in erster Linie aus politischen Gründen getrennt vom Einsatzführungskommando aufgestellt wurde, um die laufenden Einsätze nicht durch problematische Spezialeinsätze zu diskreditieren. Die Stäbe der 1. Panzerdivision und DSO könnten auch als „Kompetenzzentren“ für die Weiterentwicklung ihrer Teilstreitkraft tätig werden, Personal der deutschen Anteile in den NATO-Korpsstäben verstärken und bei großen Katastrophenfällen auch helfende Truppenteile koordinieren.

Massive Eingriffe in die verbliebenen 23 Kampftruppenbataillone des Heeres sind unbedingt zu vermeiden. Die werden dringend gebraucht - in den laufenden Einsätzen, aber auch in den Szenarien einer Verteidigung an den Bündnisgrenzen. Das Heer darf nicht erneut die Hauptlast der Reduzierungen und Einsparungen tragen.

Die Leitlinien des Ministers vom Juni 2010 haben den Verzicht auf Fähigkeiten angedeutet und die Konzentration auf die Bereiche angekündigt, in denen sich Deutschland mit besonderer Befähigung ins Bündnis einbringen kann. Dazu hat mit Sicherheit immer der deutsche Beitrag zur mechanisierten Gefechtsführung auf der Basis leistungsfähiger gepanzerter Fahrzeuge aus deutscher Entwicklung und Produktion gehört. Bei den Luft- und Seestreitkräften hat Deutschland schon aufgrund seiner geostrategischen Lage nie in der ersten Reihe innerhalb der Allianz gestanden, auch wenn Luftwaffe und Marine unbestritten wichtige Fähigkeiten zum Leistungsspektrum der deutschen Streitkräfte beigetragen haben und weiterhin beitragen werden. Der Schwerpunkt der Bundeswehr wird weiter beim Heer liegen müssen, das die viel zitierten „boots on the ground“ stellt und die Hauptlast der Auslandseinsätze trägt. Das gilt auch für die Verteilung der Finanzmittel, die zur

Zeit von unerfreulich verlaufenden Rüstungsprojekten bei den fliegenden Systemen über Gebühr aufgezehrt werden.

Angesichts der international anerkannten Leistungsfähigkeit von Systemen wie dem Kampfpanzer Leopard 2A6 und der Panzerhaubitze 2000 ist es eigentlich nicht zu vertreten, dass sich die Truppe von, wie die BILD-Zeitung berichtete, auf nur noch drei Panzerbataillone und zwei Panzerartilleriebataillone beschränken sollte. In vielen Medienbeiträgen über die Truppe werden die schweren gepanzerten Systeme gerne in Frage gestellt und die weitere Reduzierung dieser ungeliebten „Dinosaurier“ als überholte Relikte des Kalten Krieges wird immer wieder angemahnt. Die Erfahrungen in den internationalen Kampfeinsätzen der letzten Jahre sprechen allerdings dagegen. Massiver Schutz der Soldaten im Einsatz hat erhöhte Priorität und es ist von einem Comeback des Kampfpanzers auch in einem urbanen Gefechtsfeld die Rede.

Zur Bündnisverteidigung sollte die Bundeswehr eine einsatzbereite mechanisierte Division beitragen können, deren Panzer, Panzergrenadiere und Panzerartillerie auch in den laufenden Auslandseinsätzen und asymmetrischen oder klassischen Krisen und Konflikten an der Bündnisperipherie von Wert sein können. Denkbar wäre eine Zahl von drei mechanisierten Brigaden mit je zwei Panzerbataillonen und zwei Panzergrenadierbataillonen. Dies bedeutet den Verzicht auf zwei der zur Zeit noch vorhandenen acht Panzergrenadierbataillone, für die man die Ausstattung mit dem neuen Schützenpanzern Puma einsparen kann.

Die zur Zeit noch fünf Rohrbataillone der Artillerie könnte man in drei verstärkten Brigadepanzerartilleriebataillonen zusammenfassen, die jeweils noch eine dritte schießende Batterie erhalten und die bei der Artillerie verbleibenden Aufklärungsmittel in einer bataillonseigenen Beobachtungsbatterie aufnehmen können. Der Betrieb von Aufklärungsdrohnen durch Artillerie und Heeresaufklärungstruppe ist planerisch neu abzustimmen. Auf das Raketenartilleriesystem MARS in zwei Unikatverbänden (Raketenartilleriebataillon 132, gemischtes Panzerartilleriebataillon 295) wird man schweren Herzens verzichten müssen, zumal dies Schwerpunktsystem auch bei den verbündeten Streitkräften noch vorhanden ist. Die konzentrierte Feuerkraft und Reichweite der Raketenwerfer MARS wäre erst in einem Gefecht hoher Intensität gegen einen schwer gerüsteten Gegner wieder von Bedeutung. Bei einem Verzicht stellt sich für die Luftwaffe die Frage, ob die in den 90er Jahren aufgegebene Rolle der Luftnahunterstützung wiederbelebt werden muss.

Die gepanzerten mechanisierten Brigaden werden in Fortschreibung der aktuellen Stationierungssituation sicher in der nördlichen Hälfte der Bundesrepublik konzentriert sein. Die jetzigen Brigaden 9, 21, 41 und 37 stehen dort als Grundlage zur Verfügung.

Drei weitere Kampftruppenbrigaden des Heeres nehmen dann die in den aktuellen Einsätzen dringend benötigte leichte Infanterie auf, die vor allem im Süden

disloziert ist. Denkbar wären eine Fallschirmbrigade, eine Jäger- und eine Gebirgsbrigade mit zusammen neun, besser noch zwölf Kampfbataillonen. Die Brigaden 23,26,12 und die Brigade D/F können hier eingebracht werden. Deutsche Anteile für die deutsch-französische Brigade könnte die Gebirgsbrigade 23 stellen.

Man könnte in den Brigaden auch an nicht aktive Ergänzungsbataillone denken, die den Personalaustausch in längeren Einsätzen ermöglichen sollen. Sofern nur drei Kampfbataillone pro Brigade zu realisieren sind, wäre auch wieder an eine gekadertes viertes Bataillon denkbar, das man nach längerer Vorbereitungszeit mit ausgeschiedenen Zeitsoldaten, neu geworbenen Zeitsoldaten, Berufsoffizieren aus Schulen und Ämtern und freiwilligen Reservisten mobilisieren könnte, um bei Bedarf den Kräfteansatz der Streitkräfte zu erhöhen.

Die luftmechanisierte Brigade scheint angesichts der Probleme mit den Hubschrauberprojekten wenig zukunftssicher und ist von einem geschlossenen kombinierten Einsatz luftbeweglicher Infanteriekräfte und Kampfhubschrauber noch weit entfernt. Das luftbewegliche Regiment ließe sich auch zahlenmäßig reduziert unter dem Dach einer Brigade von Fallschirmkräften fortführen, in der luftmobile Einsatzkonzepte weiterentwickelt werden können.

Nach dem weitgehenden Verzicht auf die Heeresflugabwehr sollte man auf die Heerestruppenbrigade verzichten, das Artillerielehrregiment 345 in die mechanisierten Kräfte einbringen und die ABC-Verbände in Höxter, Bruchsal und Sonthofen der Streitkräftebasis zuordnen.

Zu jeder der hier angenommenen sechs Heeresbrigaden müsste ein Logistikbataillon gehören, das möglicherweise auch wieder eine Sanitätskomponente aufnehmen könnte, wie das in den ersten Strukturen des Heeres auch der Fall war. Die wenigen Divisionstruppen der 1. Panzerdivision würde gänzlich wegfallen. Außerhalb der Brigaden gäbe es, von einigen Führungsunterstützungsbataillonen und Spezialverbänden (Kommando Spezialkräfte, Fernspähkompanie, Wachbataillon) abgesehen, keine Verbände mehr.

Bei einem Personalansatz von 5000 Soldaten pro Brigade blieben bei einer nicht unwahrscheinlichen Heeresstärke von nur noch 47.000 Soldaten rund 17.000 Stellen für Unterstützungs- und Spezialkräfte, Stäbe, Ausbildungseinheiten, Schulen und Ämter.

Einsparpotenzial im Heer wäre vor allem bei den Kräften zur Führungsunterstützung, Aufklärung und Pionierunterstützung zu suchen. Reicht nicht auch je eine Führungsunterstützungs-, Pionier- und Aufklärungskompanie pro Brigade? Eine reduzierte Zahl von Pionierbataillonen (amphibisches Pionierbataillon 130 Minden als einziger Brückenverband, Gebirgsspionierbataillon 8 Ingolstadt als Lehrtruppe und Schwerpunktverband für technische Pioniereinsätze) könnte auch an die Streitkräftebasis gehen, die ja schon über Spezialpionierteile verfügt. Die

Pionierbataillone in Havelberg, Gera und Bogen könnte man auf Brigadepanzerpionierkompanien reduzieren.

Die Heeresflieger, bisher unter dem Dach der Division luftbewegliche Operationen (DLO), sollten sich in einen teilstreitübergreifenden Hubschrauber-Pool einbringen. Da landen dann vielleicht auch in reduzierter Zahl die Kampfhubschrauber Tiger, die so lange auf sich warten lassen. Neun Hubschrauberverbände in Heer, Luftwaffe und Marine sind zu viel. Die Teilstreitkräfte werden vortragen, dass nur sie mit eigenen fliegenden Kräften in der Lage sind, die Luftbeweglichkeit in ihrem Bereich optimal einzusetzen, aber im Augenblick geht es darum, dass überhaupt einsatzfähige Hubschrauber zur Verfügung stehen, ganz gleich wer sie betreibt. Die konzeptionellen Ansprüche der Bedarfsträger haben ohnehin maßgeblich zu Verzögerungen beigetragen.

Das Heer hat seine eigenständige luftbewegliche Komponente als unverzichtbarer Teil eines Gefechts zu Lande immer sehr gepflegt und zeitweise mehr fliegende Systeme als die Luftwaffe unterhalten. Das intensive Bodengefecht größerer Verbände ist allerdings der zur Zeit unwahrscheinlichere Teil des Anforderungsspektrums und revolutionäre luftmechanisierte Zukunftskonzepte sind angesichts des dringenden Sofortbedarfs von Transporthubschraubern in den laufenden Einsätzen nicht vertretbar. So könnte einiges dafür sprechen, dass die Luftwaffe die Gesamtverantwortung für alle fliegenden Systeme übernimmt und unter ihrem Dach die beiden mittleren Transportregimenter CH 53, zwei statt vier Transporthubschrauberverbände mit NH 90 und die Bord- und Rettungshubschrauber für die Marine weiter betreibt. Mit einem Kampfhubschrauberverband Tiger könnte die Luftwaffe die frühere Rolle der Luftnahunterstützung wiederaufnehmen. Diese Komponente hat bei der fatalen Entscheidungssituation für Oberst Klein in Kunduz im vergangenen Jahr als bundeswehreigene Option gefehlt.

Einsparungen beim Heer ergeben sich natürlich vor allem mit dem Aussetzen der Wehrpflicht. Es wird Personal frei, das bisher für Ausbildung gebunden war. Beim Heer liegt analog zur Luftwaffe eine eigene Ausbildungsorganisation außerhalb der Einsatzverbände nahe. Es ist an eigene Heersausbildungsregimenter oder -bataillone zu denken, die es für Offiziersanwärter ja schon gibt.

Bei den Heeresschulen hat es schon zahlreiche Rationalisierungsmaßnahmen gegeben. Was geschieht, wenn eine Waffengattung nur noch eine Handvoll Bataillone umfasst? So sind bei der Pionier- und Artillerieschule sicher Kooperationen mit den Niederlanden denkbar und für die ABC-Dienste müsste eigentlich eine NATO-Lösung verfolgt werden. Ähnliches gilt für die Heeresflieger, wenn der NH 90 und Tiger endlich eingeführt sind.

Die Luftwaffe sollte mit drei Eurofightergeschwadern auskommen können (73 Laage, 74 Neuburg, 31 Nörvenich). An den genannten Standorten sind die Infrastrukturmaßnahmen für die Unrüstung von Tornado auf den Eurofighter

Typhoon gelaufen, die Geschwader in Wittmund und Büchel werden zur Disposition stehen. Wittmund (oder den Marinefliegerhorst Nordholz?) kann man vielleicht als Flugbasis erhalten, um die lückenlose Luftraumabdeckung für Air Policing sicherzustellen und den Zugang zum Übungsraum über der Nordsee zu erleichtern.

Alle drei Geschwader werden mehrrollenfähig sein müssen, wobei die Nörvenicher den Schwerpunkt auf die Jagdbomberrolle legen können. Dieser Verband stünde dann zur Verfügung, wenn tatsächlich einmal luftgestützte Strike-Fähigkeiten von deutscher Seite ins Bündnis eingebracht werden müssten, sollten an der europäischen Peripherie krisenhafte Entwicklungen auftreten. Auch gilt es trotz politischer Widerstände die Option nukleare Teilhabe durch einen fliegenden Verband und die dafür notwendige Sonderwaffeninfrastruktur zu erhalten. Die Entwicklungen in nuklearfähigen Problemstaaten läßt es geraten erscheinen, diesen solidarischen Bündnisbeitrag als Preis für den amerikanischen Nuklearschirm zu leisten.

Die Luftwaffe kann zu den laufenden Einsätzen mit Kampfjets wenig beitragen, aber Szenarien sind nicht ausgeschlossen, in denen die Luftwaffe bei intensiven Konflikten mit hochmobiler Feuerkraft schnell und weiträumig reagieren muss. Die Tornados des vielseitigen Aufklärungsgeschwaders 51 in Jagel sind vorerst noch nicht völlig durch Drohnen zu ersetzen. Die Erhaltung der Rolle Seekrieg aus der Luft wäre „nice to have“, gehört aber angesichts der westlichen Trägerflotten nicht zu den Essentials. Die ECR-Tornados in Lechfeld zählen mit ihrem Potenzial zur Bekämpfung gegnerischer Luftabwehr sicher zu den in den Leitlinien des Ministers angesprochenen spezifischen Fähigkeiten, die Deutschland ins Bündnis einbringen kann. Langfristig werden aber mit dem Auslaufen des Tornado die entsprechenden Ausrüstungen für Aufklärung und elektronische Kampfführung mit Behältern an den Unterflügelstationen (Pods) von den verbleibenden Eurofightern und/oder Drohnen eingesetzt werden können.

Vielleicht muss man auch an eine vorzeitige Ausmusterung der Tornado denken und deren Ersatz durch die schon auf der Streichliste stehende letzte Tranche von 37 Eurofightern prüfen. Kann man diese Maschinen an die augenblicklich noch den Tornado vorbehaltenden Rollen der bemannten Aufklärung und Unterdrückung der gegnerischen Luftabwehr an den Waffenstationen anpassen? So wird zu den drei o.g. Jetgeschwadern ein vierter gemischter Verband treten, der die Rollen der bisherigen Geschwader 51 (Jagel) und 32 (Lechfeld) mit ihren Spezialfunktionen bemannte und unbemannte Aufklärung (Eurohawk) und Unterdrückung der Luftabwehr übernehmen könnte und auch noch die kleine Zahl von acht Marinepatrouilleflugzeugen Orion aufnehmen sollte.

Bei der Lufttransportkomponente wird schon die zahlenmäßige Reduzierung der geplanten A 400 M eine Konzentration an einem Standort nahe legen. Dafür käme Wunstorf in Betracht mit der abgesetzten Nutzung weiterer Disposition Basen in Deutschland . Die Flugbereitschaft steht sicher nicht zur. Die Frage einer eigenen

Hubschrauberkomponente stellt sich für die Luftwaffe künftig nicht mehr, wenn sie alle Drehflügler teilstreitkraftübergreifend betreibt.

Rechnet man als Geschwaderstärke etwa 1500 Soldaten, so sind mit fünf Flugzeuggeschwadern schon 7500 von 19.000 Stellen verplant. Dazu käme dann noch alle Hubschrauberkräfte, die Flugbereitschaft und das Personal für Flugabwehrraketen, Führungsdienste (Radar), Ausbildung, Logistik und Ämter.

Die drei Flugabwehrraketengeschwader in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern werden unter diesen Vorgaben sicher noch mal Federn lassen müssen, auch wenn Deutschland neben den Niederlanden und Griechenland der einzige nennenswerte europäische Betreiber von raumdeckenden FlaRak-Systemen ist. Das System Patriot ist durch Kampfwertsteigerungen zwar verbessert worden und verfügt mittlerweile auch über Abwehrpotenzial gegenüber Raketen im unteren Reichweitenspektrum. Seine Auslegung auf Abwehr von Massenangriffen und die eingeschränkte Agilität der zahlreichen auf LKW verlasteten Komponenten Agilität passen aber nicht so recht in das augenblickliche Anforderungskonzept eines Schutzschirms über der eigenen Truppe in fernen Einsatzräumen. Die Flugabwehrraketentruppe sollte aber unbedingt als Nukleus einer Flugkörperabwehr erhalten bleiben, da die Proliferation von weitreichenden Raketen wohl kaum zu stoppen sein wird. Aus diesem Grunde dürfte auch das Streichen von MEADS noch keine ausgemachte Sache sein, da dieses System auch ein Abwehrpotenzial gegenüber Mittelstreckenraketen haben soll. Ferner dürften nach weitgehender Auflösung der Heeresflugabwehr die leichten Fla-Systeme Ozelot mit ihren Stinger-Raketen und Luftraumüberwachungsradaranlagen des Heeres bei der Flugabwehrraketentruppe der Luftwaffe gut aufgehoben sein.

Die Deutsche Marine wird kaum die angedachte Kauflösung für einen Marinehubschrauber in den USA realisieren können, auch wenn der NATO-Hubschrauber 90 die Anforderungen an eine navalisierte Version kaum erfüllt. U-Boote stellen im Augenblick nicht die Hauptbedrohung dar. Vielleicht wird sich die Marine für Bordeinsätze und SAR am Ende unter dem Spardiktat doch noch mit einer weniger leistungsfähigen Variante des NATO-Hubschraubers 90 zufrieden geben müssen. Im Bedarfsfall ließen sich immer noch vollwertige U-Jagdhubschrauber für ihre Fregatten auf dem Markt nachbeschaffen. Neben den drei Fregatten der Sachsen-Klasse und vier Fregatten der Brandenburg-Klasse wird die Deutsche Marine langfristig nur noch drei oder vier Einheiten als Nachfolger der Bremen-Klasse einsetzen, bei denen es vielleicht zu einer modular ausrüstbaren Typklasse anstelle der geplanten F 125 kommen könnte.

Die maritimen Verpflichtungen mit hochseefähigen Einheiten fern unserer Küsten begründen sich durch die laufenden Einsätze und die wirtschaftlichen Interessen des Landes. Dagegen wird sich die von der Marine in letzter Zeit propagierte Expertise in der Küstenkriegführung mit weniger Bootseinheiten pflegen lassen. Es wird bei sechs bis acht Korvetten bleiben müssen und die zwanzig

Minenkampfeinheiten bieten vielleicht auch noch Einsparpotential. Es bleibt die Frage nach der U-Bootkomponente, die sicher mit sechs Booten der Klasse U 212 für die Pflege des erworbenen Know hows, für Aufklärungsaufgaben und Kommandoeinsätze in kritischen Küstengebieten erhalten bleiben sollte. Dabei spielt sicher auch die deutsche Position beim Export von konventionellen U-Booten eine Rolle, auch wenn in den aktuellen maritimen Einsätzen nur die Rolle der verdeckten Aufklärung durch diese Einheiten genutzt werden kann. Das Ende eines eigenen Marinefliegergeschwaders ergibt sich aus dem bisher Gesagten.

Es mag viele Argumente für teilstreitkrafteigene Schutzkräfte in Marine und Luftwaffe geben, aber in der gegebenen Finanzlage wäre diese Rolle in den Einsatzgebieten vielleicht doch auch vom Heer mit Infanterie und Pionieren zu leisten und die Luftwaffe hat mit der FlaRak-Truppe ohnehin eigene Luftverteidigungskräfte zur Verfügung in die man auch die Flugabwehrtruppe Stinger des Objektsschutzregiments integrieren kann. Einige Spezialisten für Boardingeesätze lassen sich auch bei den Spezialkräften der Marine (Kampfschwimmer, Minentaucher) unterbringen, die mit dem Kommando Spezialkräfte und Fernspähern des Heers unter ein gemeinsames Dach gehören, das dem Einsatzführungskommando in Potsdam zugeordnet werden sollte.

Es ist nicht zu vertreten, dass in den aktuellen Einsätzen Soldaten an allen Ecken und Enden fehlen und in einer um ein Drittel reduzierten Bundeswehr weiterhin eine große Palette von Fähigkeitsprofilen, die zum Teil schon jetzt nur unzureichend wahrgenommen werden können, als Fassade weiter aufrecht erhalten wird. Die Teilstreitkräfte werden künftig nicht mehr alles können, was sie gerne wollen.

Großes Einsparpotential dürfte es bei der Streitkräftebasis geben. Die Zahl von Führungsunterstützungsbataillonen und Logistikverbänden scheint unangemessen hoch. Für die laufende Versorgung im Inland wird man stationäre Lösungen in Kooperation mit der Zivilwirtschaft finden und der Aufbau einer Versorgungskette aus der Basis Inland ins Einsatzgebiet muss einfach mit weniger Einheiten zu leisten sein. Ähnliches gilt sicher auch für die mobilen Sanitätskräfte.

Angesichts der immer geringer werdenden Truppendichte ist auch eine flächendeckende Präsenz von Logistikverbänden der Streitkräftebasis zu hinterfragen. Vielleicht wäre es effektiver, die Logistik wieder näher an die Truppe zu führen. Die Logistikbataillone der Brigaden und die Technischen Gruppen der Luftwaffengeschwader könnten wieder mehr Verantwortung für die Versorgung und Materialerhaltung übernehmen.

Die Auflösung des Sanitätsdienstes als eigenem Organisationsbereich ist schon länger ein Thema. Die Tatsache, dass die „Sanis“ heute ganz vorne bei der Truppe im Feuer stehen, legt ihre Wiedereingliederung in die Teilstreitkräfte nahe. Die stationären Teile, die schnellen Eingreifkräfte und mobile Lazaretteinheiten könnten von der Streitkräftebasis geführt werden. Ein eigenständiges fachdienstliches Sanitätsamt steht natürlich nicht zur Debatte.

Die Streitkräftebasis wird möglicherweise ohne die Wehrbereichkommandos auskommen und die territorialen Aufgaben den Landeskommandos überlassen. Sollten die Wehrbereichkommandos wegfallen, bildet man vielleicht bei der SKB als zentralem Dienstleister der Bundeswehr für die jeweiligen Komponenten Führungsunterstützung, Logistik, Feldjäger, Aufklärung und elektronische Kampfführung Brigaden, die dem Streitkräfteunterstützungskommando direkt unterstehen.

Die große Nähe der Feldjäger bei den Auslandseinsätzen zur Truppe vor Ort legt eine Integration der Militärpolizei in Zug- oder Kompaniestärke in die Brigaden nahe. Die Feldjägersdienstkommandos im Inland könnte man vielleicht an ausgesuchte Bataillone oder Geschwader aller Teilstreitkräfte anhängen und so flächendeckend präsent halten. Die acht Feldjägersbataillone fielen dann als eigene Formationen weg.

Auch ist immer wieder von einer Zusammenlegung der Ämter aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche die Rede. Dies wird für administrative Aufgaben sicher gehen, aber es gibt eben auch die Aufgaben der konzeptionellen Weiterentwicklung und spezifischen Systemlogistik in der jeweiligen Teilstreitkraft. Ist es nicht eine Überforderung der Teilstreitkraftführungskommandos, wenn diese Aufgaben neben den truppendienstlichen Führungsaufgaben für die Brigaden nach Wegfall der Divisionsebene auch noch anfallen? Die Erarbeitung von Konzeptionen könnte zentral für die gesamte Bundeswehr teilstreitkräfteübergreifend erfolgen und so dem Eigenleben der Bereiche ein Ende setzen. Eine radikal verkleinerte Bundeswehr wird ihre Aufgaben nur noch im abgestimmten Konzert aller verbliebenen Kräfte lösen können.